

Kartoffeln gesichtet ist. Im vorigen Jahre wurden bekanntlich um dieselbe Frist nur 5 Pfund angewiesen, geliefert konnten sie dann auch nicht werden. Ferner können auf den Zuckerreferenzen von rund 500 000 Doppelpentnern vom 15. Juni bis zum 15. Juli zu dem bisherigen Quantum noch 25 Gramm pro Kopf und Tag ausgefügt werden. (Wozu dann noch der Einmischzucker hätte, wenn die Ukraine nicht verlost. In größerem Ausmaß als 1917.) Schließlich ist vorgesehen, die Zulieferungen an Nahrungsmitteln um die Hälfte zu erhöhen und Vorräte gemäß, im Notfalle auch getrocknete Kohlräben, auszuteilen. An Nährwerten jedenfalls wird der Ausfall vollkommen erachtet werden können. Für später sollen die Frühkartoffeln so schnell als möglich herangeschafft werden. Auch die Frühdurchorganisation ist durch bejohrende Prämien weiter ausgebaut worden.

Die Organisation der Selbstverorger, nachdem sie erst im Frühjahr herabgesetzt worden waren, können nicht wieder verkürzt werden. Eine neue Verkürzung, von der man schließlich die Schwerarbeiter auf dem Lande ebenso wenig wie in den Städten hätte ausrichten können, wäre kaum mehr durchsetzbar gewesen. Auch die Vorräte der Selbstverorger sind jetzt zusammengezogen. Gewiß sollen die Vorräte auf dem Lande immer besser und genauer erachtet werden, aber viel ist dabei nicht mehr herauszuholen, wie selbst von Vertretern der Verbraucherinteressen zugegeben wird, die an den Kontrollkommissionen teilnahmen. Das ist in großen Zügen, ungeschminkt, mit der Öffentlichkeit geschildert, auf die bei so ernstem Anlaß ein reifes Volk Anspruch hat, der Stand der Dinge, dem wir wohl oder übel uns anzupassen haben. Es ist nicht die erste Entblößung, die der Krieg uns aufzeigt. Es wird — leider — auch kaum die letzte sein. Aber wir haben Schwereres schon in diesen Jahren ertragen.

Sächsische Lebensmittel für Deutsch-Böhmen

Prog. 16. Mai. (Eig. Bericht) Der Obmann des Deutschen Volksrates Dr. Till erhielt vom Lebensmittelamt in Dresden auf Grund seines Versprechens ein Telegramm folgenden Inhalts: Ausfuhrgenehmigung vorausgelegt, 1000 Jentner Sappemehl, bestehend aus Nährzehr., Hülsenfrüchten, Trockenemmen und Kartoffelmehl, Preis per Jentner 185 R. ab Verkaufsstelle.

Dr. Till hat bei seiner letzten Anwesenheit in Wien auch mit möglichen ungarischen Persönlichkeiten verhandelt, um von dort aus für Deutsch-Böhmen Lebensmittel zur Verfügung zu erhalten. Es wurde ihm versichert, daß Ungarn selbst kaum bis zum 15. Juni ankomme. Doch wurde ihm nahegelegt, ein Ansuchen an den ungarischen Ernährungsminister Prinz Windischgrätz zu richten, wodurch es möglich sei, vielleicht wenigstens einen Teilerfolg zu erzielen.

Die Nachfolge im Justizministerium

Dresden, 16. Mai. (Drahtbericht unserer Dressener Schriftleitung.) Die in der Presse aufgetauchte Mitteilung über die voraussichtliche Berufung eines Nachfolgers für den verstorbenen Justizminister Dr. Nagel sind lediglich Vermutungen, die bisher jeder festen Grundlage entbehren, denn wie an zuständiger Stelle beschert wird, sind irgendwelche Entschlüsse noch nicht geplant, geschweige denn schon getroffen, da der König erst am Sonnabend wieder zurückkehrte und erst dann eine Stellungnahme zu dieser Frage erfolgen kann. Doch der Blick zuerst auf den jüngsten Unterstaatssekretär im tschekischen Justizministerium, den früheren nationalliberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Heinze fiel, erscheint begreiflich, denn Dr. Heinze gehört zu den hervorragenden Fachjuristen Sachens, der mit reichlichen Kenntnissen und Erfahrungen einen angemessenen Schaffens- und Organisationstalent verbindet, das er in seiner gegenwärtigen Stellung noch verfügt haben dürfte. Dazu verfügt er über langlebige parlamentarische Schulung und bemerkenswerte Redegabe. Seine Berufung würde sicherlich in den weitesten Kreisen auch wegen seiner überlaren Beginnung und entgegenkommenden Umgangsformen mit Sympathien ausgenommen werden. Vielleicht ist dies ein Grund mehr, weswegen man sowohl nachdem sich die Notwendigkeit einer Neuerennung für den Ministerposten ergeben hat, öffentlich auf seine vorsichtige Beauftragung für dieses Amt hinzuweist. Auf der anderen Seite jedoch würden sich, allerdings nicht unüberwindliche, Schwierigkeiten daraus ergeben, daß Dr. Heinze sich der türkischen Regierung zur Durchführung einer Reform des türkischen Rechtswesens nach deutschem Muster für fünf Jahre verpflichtet hat, und daß die türkische Regierung sich vermutlich nicht leicht entschließen könnte, seine wertvolle Arbeitskraft noch innerhalb der Durchführung des großen Reformprogramms, dem er seine Dienste widmet, zu verlieren. Jedenfalls eilen bis Sonnabend alle Mitteilungen den Tatsachen voraus.

* Der Reichskanzler ist gestern morgen, aus dem Großen Hauptquartier kommend, wieder in Berlin eingetroffen.

Mutter Landstraße

Erlaufführung im Alten Theater am 16. Mai 1918.) Das Jugendwerk Wilhelm Schmidts aus entstand im Jahre 1901. Er und Webekind, sie waren die ersten, die aus elementarer Notwendigkeit den Naturalismus hinter sich wichen. In diesem Stück geschieht wenig. Der verlorene Sohn kehrt beim, mit gebrochenen Schwingen beladen durch die Not um Weid und Kind. Über sein Vater kommt ihm entgegen, ihn an die Brust zu nehmen. Und der Sohn muß, beständig am Obersack, kämpfen gegen die Härte des Vaters, um schließlich wieder zu münden in der Heimatlosigkeit der Mutter Landstraße. Das ist das Drama, das Ende einer Jugend in drei Bildern, von denen die erste Hälfte des dritten immerfort den Inhalt des zweiten wiederholt. Stark ist nicht so sehr das Drama als die Dichtung. Und das erneute Leben wurde die ganze Tragödie des heimatlosen, um das geworden, als Bottler im Vaterhaus strandet. Anders der Spielermann, der Student; deren Element ist die Landstraße — armeliges Glück der Fremde. Und ganz besonders der Spielermann, er hat seine Heimat im Abgrund. In den leisen Melodien schwelt die Logik und die innere Erfüllung heimatloser Menschheit. Und ein Spott auf den Weltel der Spielermann weiß. Man wünschte auch den schiffbrüchigen Offizier gegenüber der österlichen Verbärtung weniger demütig, weniger hingegangen und nach der Individualität des Ortes, der Zeit und der Umstände so eigenartig erscheinen, daß zu seinem Verständnis es allein des unmittelbar und schnell erfassenden Gemüts bedarf. Dem mächtigen Empfindungsvermögen stellte Wagner die aus dichterischer Kraft entgegen, und beide füllen sind der Grund, aus dem musikalischen Drama, jetzt das Kunstwerk der Gegenwart, empornach. Dieses Kunstwerk aber konnte nach Wagner einzig und allein das Drama sein, das nach seinen Worten nur dann die richtige Stellung zum Leben finden wird, wenn es in jedem seiner Momente diesem Leben völlig genetrig ist. Es muß gleichsam aus dem Leben hervorgegangen und nach der Individualität des Ortes, der Zeit und der Umstände so eigenartig erscheinen, daß zu seinem Verständnis es allein des unmittelbar und schnell erfassenden Gemüts bedarf. Dem mächtigen Empfindungsvermögen stellte Wagner die aus dichterischer Kraft entgegen, und beide füllen sind der Grund, aus dem musikalischen Drama, jetzt das Kunstwerk der Gegenwart, empornach.

Im unerschütterlichen Glauben an dieses sein Ideal hat Wagner nie geschwankt. Weder Hindernisse noch Mühseligkeiten noch auch Feinde aller Art, die alß bald ihr willendes Kriegsgeschrei wider die „Kunstmusik“ erhoben, vermochten ihn auf dem einmal bestretenen Wege zurückzuhalten. Seine beispiellose Energie machte Wagner zum Reformer und befähigte ihn, die Kunstform der Oper, an der drei Nationen drei Jahrhunderte lang gearbeitet hatten, in ein neues Stadium der Weiterentwicklung zu geleiten. Dem deutschen Meister war es vorbehalten, für seine Kunst durchaus neue Gesichtspunkte zu geben, alle bisherigen Errungenschaften frischer Seiten zu verwerfen und zu vermehren. Und jähzöhnlich Wagner Deutschtum entscheidend ins Gewicht, seine Richtung zum Nationalen.

Es war ein glücklicher Gedanke der Intendant, als Vorsteher des 22. Mai, als des Meisters zum 100. Male wiederkehrenden Geburtstages, den „Ring des Nibelungen“ darzubieten. Noch immer geschah dies, wie bereits des Hörens angeregt und gewünscht wurde, nicht in geschlossener Reihenfolge. Da eine französische und italienische Oper standen sie auch diesmal. Muß solches geschehen aus äußerer geschäftlichen Gründen, so versucht man doch wenigstens einmal, je zwei Teile der Tetralogie zusammenzufassen und an dem dazwischen liegenden Abende allenfalls ein Werk Goethes, Schillers oder Shakespeares zu geben.

Die geistige Aufführung des „Nibelungen“ ging wieder in der vor früher der bereits bekannten Beschwörung vor sich. Operndirektor Professor Otto Lohse brachte das Orchester zu fast durchgehend begeisterten Wirkungen (im Vorpiel herrschte anfangs ziemlich Unruhe). W. Soomers Wotan war besonders stark in der Darstellung,

ebenso B. Martinis Fricka. Dagegen wollte das Rheintöchtererjeß

Sächsischer Landtag

Erste Kammer

Drahtbericht unserer Dressener Schriftleitung — Dresden, 16. Mai.

Am Regierungssitz Staatsminister Dr. Vogel. Präident Oberstabschef Graf Vitzthum von Eckstädt eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Unter den Eingängen befindet sich das Dekret betreffend Vertragung des Landtages am 17. Mai.

Es folgen Mitteilungen und Beschlüsse über die Ergebnisse des Vereinigungsverfahrens. Über Kapitel 6 (Forstakademie von Dorndorf), zu dem die Zweite Kammer einen Antrag auf Erörterung über die Aufhebung oder Auflösung der Akademie an die Technische Hochschule angenommen hatte, ist keine Einigung zustande gekommen.

Jan. königlichen Dekret Nr. 21 (Wiederholung von Leuerungsjugend usw.) ist die Erste Kammer den Beschlüssen der Zweiten Kammer beigetreten. Es erhalten danach auch Gehaltskosten von 2800 bis 13 000 R. die Zugaben.

Über Kapitel 7 („Leipziger Zeitung“), das die Zweite Kammer gestrichen hatte, ist eine Einigung dahin zustande gekommen, daß für diesmal die Einstellung genehmigt wird, daß sich aber die Regierung verpflichtet, die „Leipziger Zeitung“ zu verpachten und dem nächsten Landtag auf Grund des abzuschließenden Pachtvertrages eine anderweitige Vorlage zu machen, unterdessen aber auf die Einstellung zu verzichten.

Zu Kapitel 20a (Technische Staatslehranstalten in Chemnitz) hat sich die Deputation der Zweiten Kammer entschlossen, im Einklang mit der Ersten Kammer eine neue Stelle für Vermessungskunde zu bewilligen.

Zu Kapitel 64 (Gewerbe- und Handelsklausur) ist keine Einigung zustande gekommen. Die Zweite Kammer hält an ihrem Antrag auf Errichtung eines Landesgewerbeamtes fest.

Über die Anträge betr. Änderung von Verfassungsbestimmungen ist keine Einigung erzielt worden hinsichtlich des § 41 (Schaffung eines verantwortlichen Ministerpräsidenten).

Zu § 122 (Entschuldigung über Verfassungänderungen durch einen Landtag) empfiehlt die Deputation, dem Beschluss der Zweiten Kammer beizutreten. Das Haus lehnt dies jedoch ab. Von den 36 ammelnden Mitgliedern stimmen nur 21 dafür, so daß die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wird.

Über das königliche Dekret Nr. 15 (Gesetzeswurf über Wohlfahrtspflege) ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Erste Kammer die geforderte Jugendkasse des Gesetzlichen zum Pflegeausschuss aufgibt, unterdessen aber auch die Vorherrschaft über die Jugendkasse des Bezirksdurchsichts- und Gewerbeinspectors und Gewerbeinspectors bestehen und lediglich die Mindestzahl der Mitglieder der betreffenden Gruppe entsprechend erhöht wird.

Hierauf war Kapitel 77 (Berufsakademie zu Freiberg) nach Bericht und Antrag des Prinzen Johann Georg bewilligt.

Dem Antrag Bettner (Natl.) auf Unterstellung des gesamten Strafvollzugs unter das Justizministerium schließt sich das Haus an.

Berichterstatter Dr. Oskar (Fortsetzung) berichtet über die Vereinigungszeit für 1916 und 1917 wird nach Bericht und Antrag des Kammerherrn Dr. Schatz von Suhl-Dahlen genehmigt. Derselbe Berichterstatter berichtet über den Erhöhungssatz für 1917 und 1918 und beantragt Bevorzugung.

Über Bürgermeister Dr. Häflichmann-Chemnitz bedenkt, daß das neue Forschungsinstitut für die Textilindustrie seinen Sitz nicht in Chemnitz, sondern in Dresden, dem Brennpunkt der Textilindustrie, erhalten soll.

Über Bürgermeister Böhmer erwidert, daß die Stadt Dresden, noch ehe sie von der beabsichtigten Gründung des Instituts Kenntnis hatte, von der Regierung die Anfrage erhielt, ob sie bereit sei, einen Platz zur Verfügung zu stellen. Das habe die Stadt gern getan, damit das Institut nach Sachsen verlegt werde und nicht nach Dahlen bei Berlin. Zum Erhöhungssatz legt sich bei der Geschäftslage leider ebensoviel gegen wie zu dem ursprünglichen Satz. Die Staatsunterstützung für öffentliche Arbeitsbeschaffung möchte entsprechend dem hohen Kostenanstand der Stadt wesentlich erhöht werden. Zur

Gründung der neuen, nunmehr 3. Abteilung des Ministeriums des Innern hat die Erste Kammer keine Bedenken gehabt, Stellung

zu nehmen.

Dies entspricht nicht ganz den Grundsätzen der Partei zwischen den beiden Kammern. Dazu kommt das sachliche Bedenken, daß es nicht wünschenswert sei, die Zentralbehörde immer noch mehr zu erweitern. Die Zentralbehörde durch Abschaffung der Zuständigkeit von den Ministerien auf die Mittel- und Unterbehörden und Verminderung der ministeriellen Stellen müßte das Stichwort für Änderungen und Verbesserungen in der Verwaltung sein. Die Bestimmung der neuen Abteilung für die Landwirtschaft sei zu begrenzen, weil dadurch die dritte Abteilung, Handel, Industrie und Gewerbe, für die große Aufgabe der Übergangswirtschaft freigemacht werden, daß aber das Landeslebensmittel in Sachsen künftig weitaus vom Standpunkt der Landwirtschaft geleitet werden soll. Man möge die Angleichung des Lebensmittelamtes an die neue landwirtschaftliche Wirtschaft nochmals erwägen.

Die Abgeordneten Bredow und Dietel (Fortschr. Volksp.) fragen,

ob es der königlichen Staatsregierung bekannt ist, daß eine Anzahl von Gemeinden ihren Beamten keine Tenzierungszulage mehr

und welche Schritte sie zu unternehmen gehabt, um den Beamten in

solchen Gemeinden aus ihrer Kostlage zu helfen.

Ministerialdirektor Dr. Vogel erwidert, dass Beamte und vorzüglich die gegen den in der „Dresdner Volkszeitung“ in einem vorzeitigen „Vierteljahr“ auf ihr erhobenen Vorwurf, daß der Dresdner Straßenbahnenrat sein Werk sei, und daß er überzeugt geblieben sei.

Ministerialdirektor Dr. Vogel erwidert: Das Hospital ist geblieben. Die Frage des Stodes sei endgültig zugestellt. Der Regierungssatz wird bewilligt, ebenso zwei Menschenförderungen. Schließlich werden noch Rechnungsaufgaben antragsgemäß genehmigt.

Nächste Sitzung: Freitag mittag 12 Uhr. Fortsetzungssitzung.

Zweite Kammer

Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung 14.12 Uhr.

Vor der Tagesordnung gibt Abgeordneter Wirth (Soz.) eine Erklärung ab, in der er den gegen ihn erhobenen Vorwurf gewissenhafter Straßenbahnenrat zurückweist. Das Straßenbahnenrat in den Eisenbahnen führt zum Betrug, und dieser mag noch den Beamten kostet.

Präsident Dr. Vogel gibt darauf ein Schreiben des Finanzministers bekannt, in dem die sozialdemokratischen Abgeordneten Wirth und Müller-Jordan aufgefordert werden, die Namen der betreffenden Beamten zu nennen. Das Finanzministerium werde dann eine genaue Untersuchung einleiten.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. zunächst steht zur

Erörterung der Geschäftswort.

Änderung der Landtagssitzung.

Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt bezeichnet es als erstaunlich, daß über eine große Anzahl Punkte Einigung hergestellt sei. Allerdings befinden noch Meinungsverschiedenheiten über die Sitzung der kleinen Anfragen und die Abstimmungsgründe der Beschwerden.

Von den kleinen Anfragen könnte die Regierung sich keine Geschäft-

vorbereitung versprechen.

Sie müsse es überhaupt ablehnen, sich festzulegen, ehe sie nicht aus der neuen Geschäftssitzung erkennen könnte, wie weit das Recht der Regierung nach der alten Landtagssitzung aufrecht erhalten bleibe.

Abg. Dr. Philipp (Konf.) wünscht, daß der historische Teil der Landtagssitzung aufgelöst werde.

Abg. Dr. Philipp (Konf.) erläutert die Ergebnisse des Vereinigungsverfahrens.

Zunächst berichtet Abg. Dr. Böhme (Konf.) über das Abstimmungsergebnis des Vereinigungsverfahrens.

Abg. Dr. Philipp (Konf.) erläutert dem nächsten Landtag eine Denkschrift über die Wirkung der Rentenabschöpfung und über Ausgleichsverhandlungen zwischen der Regierung und den Braunkohlenwerken vorzulegen.

Abg. Müller-Jordan (Soz.) erklärt, seinen Freunden sei es schwer,

der gegenwärtigen Sitzung zuzuhören, sie läßt es aber, um der un-

veröffentlichten Spekulation einen Regel vorzuleben.

Abg. Günther (Fortschr. Opt.) legt gefunden keine Regelung nicht, da sie aber in einer Zwangslage seien, stimmen auch sie zu.

Abg. Schatz (Unabh. Soz.) teilt mit, daß seine Freunde gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Ritschke-Lepisch (Natl.) bedenkt ebenfalls, daß die Zweite Kammer in einigen Punkten von ihrem Standpunkt hat abweichen müssen.

Hierauf werden die Ergebnisse des Vereinigungsverfahrens angenommen.

Fürstminister von Schönburg dankt allen Beteiligten, Deputationen und Beschlüsse über das Ergebnis des Vereinigungsverfahrens.

Deputationsmitglieder, Berichterstatter und Kommissare, für die bis zum Zusammentreffen des Reichsgefechtsfeldes geleistete Arbeit. Er weiß darauf hin, daß alle, auch die Abgeordnete der Willkür Struppelser Spekulationen entgegen.

Die vorliegenden Mitteilungen über das Vereinigungsverfahren sind eindeutig.

Nächste Sitzung: Freitag, mittag 12 Uhr. Vereinigungsverfahren.

Dresden, 16. Mai. (Drahtbericht unserer Dressener Schriftleitung.) Obwohl das Vertragungsschreiben für den Landtag bereits vorliegt, sind am Vorabend der Vertragung noch zwei Interpellationen eingegangen. Der Abgeordnete Barth bringt mit Unterstellung der abgelaufenen Mitglieder des konserватiven Fraktion folgende Interpellation ein: „Der Königlichen Staatsregierung bekannt, daß in den Amtshauptmannschaften jüngst eine militärische Radfahrercommissionen entstanden sind, welche die Radfahrerunterstützungen in landwirtschaftlichen Betrieben vornehmen.“ Nach glaubwürdigen Zeugenaussagen verabschieden diese Leute so, daß die Betriebsunternehmer sich in ihrer Ecke schwarz verstecken. Auch sollen Fälle von Unordlichkeit seitens einzelner Kommissionsmitglieder vorgekommen sein. Einige der Königlichen Staatsregierung bereit, eine sofortige Untersuchung der Angelegenheit vorzunehmen.“

Die Abgeordneten Bredow und Dietel (Fortschr. Volksp.) fragen, ob es der königlichen Staatsregierung bekannt ist, daß eine Anzahl von Gemeinden ihren Beamten keine Tenzierungszulage mehr

und welche Schritte sie zu unternehmen gehabt, um den Beamten in